

Zypern

HEINZ-JÜRGEN AXT

Sie reden wieder miteinander – der griechisch-zyprische Volksgruppenführer Glafkos Kleridis und sein türkisch-zyprischer Gegenspieler Rauf Denktaş. Seit dem 16. Januar 2002 treffen sich beide Seite dreimal wöchentlich zu Verhandlungen. Diese finden diesmal nicht unter der Ägide der Vereinten Nationen statt. Der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs ist bei den Gesprächen lediglich als Beobachter anwesend, spielt aber selbst keine aktive Rolle. Darin äußert sich der insbesondere auf türkisch-zyprischer Seite anzutreffende Vorbehalt gegen die UN, denen man unterstellt, in der Vergangenheit allzu sehr griechisch-zyprischen Interessen entsprochen zu haben. Im Frühjahr 2002 rechnete man damit, dass – wenn überhaupt – erste greifbare Ergebnisse im Sommer vorliegen würden, also noch so rechtzeitig, dass sie beim Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU) am Jahresende Berücksichtigung finden könnten.

Dass die Verhandlungen überhaupt eröffnet worden sind, ist darauf zurückgeführt worden, dass die Perspektive eines EU-Beitritts Zyperns seine Katalysatorfunktion „in letzter Minute“ entfaltet habe.¹ Die Erklärung des Europäischen Rats von Helsinki, dass unter bestimmten Umständen auch die Aufnahme eines geteilten Zyperns in Frage kommt, hat offensichtlich bei beiden Seiten Bewegung ausgelöst.² Die griechischen Zyprer mussten sich gesprächsbereit zeigen, wollten sie sich nicht der Gefahr aussetzen, den EU-Beitritt wegen fehlender Verhandlungsbereitschaft aufs Spiel zu setzen. Die türkischen Zyprer entsprachen mit der Aufnahme der Verhandlungen sicher dem Wunsch Ankaras nach einer Verbesserung der türkisch-europäischen Beziehungen, aber natürlich auch ihrem eigenen Streben, nicht vollkommen und endgültig der europäischen Perspektive verlustig zu gehen. So dürfte denn auch Denktaşs Motivation, an den Verhandlungstisch zu gehen, dadurch bestimmt gewesen sein, Nachteile für den eigenen Inselteil zu vermeiden, falls es zum separaten EU-Beitritt des südlichen Zyperns kommt. Umgekehrt dürfte für Klerides maßgeblich gewesen sein, zu verhindern, dass in einem solchen Fall die Teilung der Insel auf lange Zeit zementiert würde. Obwohl die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Gespräche nicht informiert wurde, offenbarten öffentliche Erklärungen beider Seiten, dass sie auf ihren Ausgangspositionen beharrten und sich zunehmend auf diese versteiften. Die griechischen Zyprer betonten demgemäß die Legitimität der Republik Zypern³ und die Gegenseite das Verlangen nach internationaler Anerkennung.⁴ Je näher der für den Abschluss der Verhandlungen gesetzte Termin des Juni 2002 rückte, desto weniger optimistisch zeigte man sich auf beiden Seiten, dass es zu einer Lösung der anstehenden Probleme kommen werde.

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Aus türkisch-zyprischer Perspektive hat das Europäische Parlament mit seiner am 5. September 2001 angenommenen Entschließung zu Zypern auf der Grundlage des sog. Poos-Berichts bestätigt, dass mit einem gleichsam „schleichenden Anschluss“ des Nordteils an die südliche Republik Zypern zu rechnen ist, wenn erst einmal der EU-Beitritt der geteilten Insel vollzogen ist.⁵ In dieser Entschließung heißt es immerhin, dass „eine fortschreitende Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands im Nordteil der Insel denkbar wäre, wenn dies das Ende der Teilung erleichtern könnte“. Mit dieser Stellungnahme sind die auf türkisch-zyprischer, aber auch türkischer Seite vorhandenen Vorbehalte gegen einen EU-Beitritt Zyperns verstärkt worden.⁶ So sehr der Bericht des Europäischen Parlaments auch unter den türkischen Zyprioten auf harsche Kritik gestoßen ist,⁷ so dürften gerade die im Bericht eröffneten Perspektiven dazu beigetragen haben, dass Denktasch sich auf Verhandlungen eingelassen hat, um Zusicherungen von der griechisch-zyprischen und später auch der europäischen Seite zu erhalten, die solchen Entwicklungen vorbeugen.

Mit den im Januar 2002 begonnenen Verhandlungen sind Gespräche fortgesetzt worden, die insgesamt zwar wenig Anlass zu Optimismus geboten haben, immerhin aber einige Ideen erörtert haben, auf die zurückgegriffen werden kann. Mit seiner Resolution 1250 hatte der UN-Sicherheitsrat 1999 die Führer beider Volksgruppen zu Gesprächen eingeladen. Es wurden „proximity talks“, also Gespräche aus nächster Nähe, nicht aber Verhandlungen geführt. Der Entscheidung des Europäischen Rats von Helsinki, die Türkei in den Kreis der offiziellen EU-Kandidaten aufzunehmen, hatte Ende 1999 den Gesprächen zunächst einmal einen Impuls gegeben. Während der vierten Gesprächsrunde konnten sogar vier formlose „non papers“ erörtert werden. Bezüglich des Territorialdisputs sollten Dörfer in der Nähe der Demarkationslinie mit überwiegend griechischer Bevölkerung an die zyperngriechische und Dörfer mit vorwiegend türkischer Bevölkerung an die zyperntürkische Seite zurückgegeben werden. Die Städte Famagusta und Morphou, jetzt unter türkisch-zyprischer Kontrolle, sollten die griechischen Zyprer zurückerhalten. Zur Gewährleistung der Sicherheit sollten der Garantievertrag aus dem Jahr 1960 bekräftigt⁸, nicht-zyprische Truppen von der Insel abgezogen und soll eine internationale Truppe unter UN-Mandat mit einem griechischen und türkischen Truppenteil auf Zypern stationiert werden. Das grundsätzliche Recht auf Rückgabe von Vermögen, das infolge der Ereignisse von 1974 aufgegeben werden musste, sollte durch eine Reihe von Ausnahmeregeln eingeschränkt werden. Entschädigungen sollten in solchen Fällen gezahlt werden, bei denen eine Eigentumsrestitution nicht möglich erscheint, womit zyperntürkischen Wünschen entsprochen worden wäre. Zur Verfassungsfrage äußerten sich die vorgelegten Papiere sehr unbestimmt, sodass sowohl eine föderale, aber auch eine eher konföderale Konstruktion möglich erschienen. Eine Einigung über diese Vorschläge konnte freilich nicht mehr erzielt werden, weil die türkisch-zyprische Seite die Teilnahme an der Verhandlungsrunde im Januar 2001 absagte.⁹

Je näher der Abschluss der Beitrittsverhandlungen Zyperns mit der EU rückt, desto dringlicher wird eine befriedigende Lösung des Volksgruppenkonflikts. Denn

es ist vor allem dieser, der einer weitgehend unproblematischen EU-Mitgliedschaft im Wege steht. Unter den Beitrittskandidaten nimmt Zypern eine Spitzenstellung ein. Das betrifft sowohl das ökonomische Entwicklungsniveau – mit einem Bruttoinlandsprodukt von 18.500 Euro je Einwohner (in Kaufkraftstandards) ist die Republik Zypern der wohlhabendste unter den Kandidaten¹⁰ – als auch die bei den Beitrittsverhandlungen erreichten Fortschritte. Im März 2002 hatte Zypern 24 der 31 Verhandlungskapitel vorläufig abgeschlossen. Die beiden ausstehenden Verhandlungskapitel Agrar- und Strukturpolitik, die bei den übrigen Bewerberstaaten zum Teil große Probleme bereiten, dürften sich im Falle Zyperns als wenig konfliktträchtig erweisen. Am 20. März 2000 hatte die EU mit der Republik Zypern eine Beitrittspartnerschaft gegründet. Auf deren Grundlage hat die Kommission in ihrem jüngsten Fortschrittsbericht vom November 2001 folgende Zwischenbilanz bezüglich der erreichten Fortschritte und noch zu erledigenden Aufgaben im Bereich der kurzfristigen Prioritäten festhalten können:¹¹ Bei den politischen Kriterien kann die Zielerreichung noch nicht konstatiert werden. Es wird aber immerhin darauf verwiesen, dass die Republik Zypern sich an der fünften Runde der proximity talks beteiligt und sich also „weiterhin nach Kräften um eine Lösung bemüht“ hat.¹² Die wirtschaftlichen Kriterien wurden erfüllt, weil Maßnahmen gegen das wachsende Leistungsbilanz- und Handelsbilanzdefizit ergriffen wurden. Im Bereich des Binnenmarkts wurden die prioritären Ziele erreicht, allerdings verweist die Kommission wiederum auf das noch immer bestehende Problem der bevorzugten Behandlung des Offshore-Sektors. Die Fortschritte im Bereich der Landwirtschaft, die lediglich für 3,8% der Bruttowertschöpfung aufkommt, sind bescheiden. Dagegen bescheinigt die Kommission Zypern gute Fortschritte im Umweltschutz und auch im Seeverkehr, wo die Sicherheitskontrollen erheblich verbessert wurden. Bei der Beschäftigungspolitik fällt es Zypern dagegen schwer, die Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen von der staatlichen Einflussnahme zu befreien.¹³ Bei den Grenzkontrollen werden weitere Fortschritte angemahnt.

Anmerkungen

1. Vgl. Kramer, Heinz: Endspiel auf Zypern. SWP-Aktuell, hrsg. v. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin Februar 2002, S. 2.
2. Vgl. zur Analyse der Konditionen von Helsinki ausführlich Axt, Heinz-Jürgen: Verbesserte Beziehungen zwischen Athen und Ankara nach Helsinki? Griechenlands aktuelle Außen- und Sicherheitspolitik, hrsg. von Stiftung Wissenschaft und Politik, (SWP-AP 3117) Ebenhausen, Februar 2000.
3. Vgl. z. B. Zypern-Nachrichten, 13 (2002) 4.
4. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.02.2002, S. 6 und 19.02.2002, S. 7.
5. Vgl. Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Antrag Zyperns auf Beitritt zur Europäischen Union und dem Stand der Verhandlungen (KOM (2000) 702 – C5-06062/2000 – 1997/2171(COS)), A5-0261/2001, vom 5.9.2001.
6. Vgl. hierzu z. B. Mango, Andrew: Cyprus and the European Union: The Relevant Factors, in: Dis Politika/Foreign Policy, 25 (2000) 3-4, S. 114-122.
7. Vgl. z. B. als Stellungnahme aus Denktaschs Büro den Brief von Zaim M. Necatigil an den Berichterstatter des Europäischen Parlaments

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

- Jacques Poos vom 27.2.2001 (http://www.trncpresidency.org/eu/zaim_necatigil.htm).
8. Dieser hat Großbritannien als ehemalige Kolonialmacht, Griechenland und die Türkei als Garantiemächte eingesetzt.
 9. Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Enttäuschte Hoffnungen auf Zypern. Keine Annäherung nach Aufwertung der Türkei zum EU-Beitrittskandidaten, in: Europäische Rundschau, 29 (2001) 2, S. 67-80.
 10. Diese Angaben beziehen sich auf das von der griechisch-zyprischen Regierung kontrollierte Territorium. Der türkisch-zyprische Norden ist weit weniger wohlhabend. Das Pro-Kopf-Einkommen im Norden wird auf 500 Euro geschätzt.
 11. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Regelmäßiger Bericht 2001 über die Fortschritte Zyperns auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel, 13.11.2001.
 12. Diese Feststellung ist insofern von Bedeutung, weil die EU gemäß den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Helsinki 1999 zwar die Aufnahme einer geteilten Insel in die Union nicht ausschließt, aber „alle maßgeblichen Faktoren berücksichtigen“ will, wozu dann auch die Verhandlungsbereitschaft des griechisch-zyprischen Inselteils gehört.
 13. Zum „tripartism“ zwischen Staat, Arbeitnehmern und Arbeitgebern vgl. Axt, Heinz-Jürgen/Choisi, Jeanette: Politisches System, in: Grothusen, Klaus-Detlev/Steffani, Winfried/Zervakis, Peter (Hrsg.): Zypern. Südost-europa-Handbuch, Bd. VIII, Göttingen 1998, S. 196-239, hier S. 231.

Weiterführende Literatur

- Brewin, Christopher: The European Union and Cyprus, Huntingdon 2000.
- Kramer, Heinz: Endspiel auf Zypern, SWP-Aktuell, hrsg. v. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin Februar 2002.
- Kramer, Heinz: Patt auf Zypern. Bietet der EU-Beitritt einen Ausweg? SWP-Aktuell, hrsg. v. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin Mai 2002.
- Kühnhardt, Ludger: Stolperstein im Mittelmeer. Zypern vor dem EU-Beitritt, in: Internationale Politik, 57 (2002) 1, S. 51-53.
- Pabst, Martin: Zypern: UN, EU und Status quo, in: Vereinte Nationen, (2001) 4, S. 139143.
- Reuter, Jürgen: Der Beitritt Zyperns zur Europäischen Union: Risiko für neue Instabilität der EU?, in: Südosteuropa, 42 (2002) 2, S. 64-81.
- Tzermias, Pavlos, Zypern, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Europa-Handbuch, Gütersloh 2002, S. 322-326.
- Wolleh, Oliver, Zypern: Gesellschaftliches Rapprochement im Spannungsfeld von impliziter Anerkennung und Repression, in: Südosteuropa, 42 (2002) 2, S. 82-99.